

**BERATUNGSSTELLEN****Gut beraten****Egal, ob es Probleme mit dem Aufenthaltsstatus gibt oder bei der Arbeit: Bundesweit gibt es Beratungsstellen, die Flüchtlinge und Beschäftigte aus anderen Ländern mit Rat und Tat unterstützen. Eine Übersicht**

Mal ist es die Sprache, die zu Missverständnissen und in ausbeuterische Verhältnisse führt. Mal ist es der Aufenthaltsstatus, der es Menschen mit Migrationshintergrund erschwert, in Deutschland richtig anzukommen und in der Arbeitswelt Fuß zu fassen. Damit diese Menschen mit ihren Problemen nicht allein dastehen, gibt es bundesweit Möglichkeiten, sich Hilfe und Unterstützung zu holen. Auch bei den Gewerkschaften. Die Beratungsstellen des DGB-Projekts „Faire Mobilität“ bieten Arbeitnehmer\*innen aus anderen Ländern, die in Deutschland arbeiten, eine kostenlose Beratung an. Sie informieren die Beschäftigten über Rechte auf dem Arbeitsmarkt in mehreren Sprachen, falls nötig mit Dolmetscher\*in. Die Beratungsstellen arbeiten mit den einzelnen Gewerkschaften des DGB zusammen, eine Gewerkschaftsmitgliedschaft ist jedoch keine Voraussetzung für eine Beratung. Es gibt sie in Berlin, Dortmund, Frankfurt (Main), Kiel, Mannheim, München, Oldenburg und Stuttgart.

[faire-mobilitaet.de/beratungsstellen](http://faire-mobilitaet.de/beratungsstellen)



**Ünige Albert berät in der BABS Beratungsstelle für ausländische Beschäftigte in Sachsen**

FOTO: MARTIN JEHNICHEN

Der ver.di-Arbeitskreis „Undokumentierte Arbeit“ bietet eine kostenlose Erstberatung für Arbeitskräfte ohne gesicherten Aufenthaltsstatus und ohne Papiere bei arbeitsrechtlichen Fragen und Hilfestellung bei der Einleitung rechtlicher Schritte. Derzeit wird nur über das Handy beraten: Tel. 01578/7674171 (Nachricht auf die Mailbox sprechen, es wird zurückgerufen). Oder eine E-Mail schicken an: [Beratung.AK@dgb.de](mailto:Beratung.AK@dgb.de). Beraten wird in Deutsch, Englisch, Französisch, Spanisch, Türkisch und nach Absprache auch in Russisch.

Auch bei ver.di Hamburg gibt es eine solche Anlaufstelle für Menschen ohne Papiere.

[vernetzung-migration-hamburg.de/index.php?id=209](http://vernetzung-migration-hamburg.de/index.php?id=209)

Darüber hinaus bieten auch zahlreiche andere Organisationen Beratung und Unterstützung für mobile Beschäftigte oder Menschen ohne sicheren Aufenthaltsstatus an. Bundesweit betreibt KOK e. V., ein Zusammenschluss von Menschenrechtsorganisationen und 37 spezialisierten Fachberatungsstellen für Betroffene von Menschenhandel, seine Büros.

[kok-gegen-menschenhandel.de](http://kok-gegen-menschenhandel.de)

In Stuttgart hilft das Fraueninformationszentrum FIZ vor allem Migrantinnen. Der Verein der Diakonie Stuttgart berät Frauen mit Migrationshintergrund zu den Themen Ehe, Trennung, Scheidung, Aufenthaltsrecht sowie Arbeitsrecht für Haushalts- und Betreuungshilfskräfte, als die die Migrantinnen häufig arbeiten. Das FIZ unterstützt Frauen auch bei Verdacht auf Menschenhandel zur Arbeitsausbeutung und ist Mitglied im Bündnis Faire Arbeitsmigration Baden-Württemberg. Gesprochen werden im FIZ Deutsch, Englisch, Französisch, Russisch, Rumänisch, Spanisch und Thailändisch.

[vij-wuerttemberg.de/unsere-angebote/fraueninformationszentrum.html](http://vij-wuerttemberg.de/unsere-angebote/fraueninformationszentrum.html)

In München richtet sich die AWO-Migrationsberatung an erwachsene Migrant\*innen, die einen auf Dauer ausgelegten Aufenthalt planen und die während ihrer Anfangszeit in Deutschland Unterstützung und Begleitung in unterschiedlichen Lebenslagen benötigen, etwa während des Integrationskurses, in einer Krisensituation oder bei Behördengängen. Gesprochen wird dort Albanisch, Arabisch, Bambara, Bosnisch, Bulgarisch, Dioula, Englisch, Französisch, Kroatisch, Malinke, Mazedonisch, Russisch, Serbisch, Slowenisch, Türkisch und Ukrainisch.

Das AWO-Infozentrum Migration und Arbeit hilft darüber hinaus bei der Arbeitssuche.

[awo-muenchen.de/migration](http://awo-muenchen.de/migration)

Das Beratungsbüro für entsandte Beschäftigte in Berlin berät Beschäftigte, die im Rahmen der EU-Freizügigkeit vorübergehend oder seit kurzem in Berlin arbeiten. Die Beratungen in allen Fragen des Sozial- und Arbeitsrechts sind vertraulich, muttersprachlich und unabhängig von Herkunft oder Aufenthaltsstatus. Das Büro ist auch Anlaufstelle bei Verdacht auf Menschenhandel zur Arbeitsausbeutung. Es wird aus Mitteln der Senatsverwaltung für Arbeit, Integration und Soziales und vom Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB), Bezirk Berlin-Brandenburg, unterstützt.

[bema.berlin](http://bema.berlin)

Im Zuge der Arbeitsmigration innerhalb Europas sind auch Bremen und Bremerhaven zunehmend Ziel von Frauen und Männern, die für einen begrenzten Zeitraum nach Deutschland kommen, um hier einer Arbeit nachzugehen, ohne ihren ausländischen Lebensmittelpunkt aufzugeben. Diese sogenannten „mobilen Beschäftigten“, die sich meistens als Saisonarbeiter\*innen, entsandte Arbeitsmigrant\*innen oder Scheinselbstständige verdingen, sind besonders gefährdet, Opfer von Arbeitsausbeutung zu werden. Die großen Unterschiede zwischen den Lebens-, Arbeits-, und Sozialbedingungen in den Herkunftsländern und in Deutschland führen immer wieder zu der Bereitschaft, Arbeitsbedingungen in Kauf zu nehmen, die unterhalb der deutschen Standards liegen.

Die Bremer und Bremerhavener Beratungsstelle für mobile Beschäftigung und Opfer von Arbeitsausbeutung (MoBA) berät und unterstützt diese Wanderarbeiter\*innen in Fragen rund um die Arbeit. Vor allem aber vernetzt sich MoBA auch mit Vertretungen und Institutionen der Herkunftsländer zur Bekämpfung von Arbeitsausbeutung. Seit Anfang 2017 hilft MoBA auf Deutsch, Bulgarisch, Englisch, Französisch, Kroatisch, Polnisch, Rumänisch, Russisch, Serbisch.

[moba-beratung.de](http://moba-beratung.de)

Ähnliche Anlaufstellen gibt es auch in Niedersachsen in den Städten Braunschweig, Hannover, Lüneburg und Oldenburg.

[mobile-beschaefigte-niedersachsen.de](http://mobile-beschaefigte-niedersachsen.de)

In Hamburg betreibt der Verein „Arbeit und Leben“ die kostenlose „Beratungsstelle Arbeitnehmerfreizügigkeit“. Sie richtet sich an Erwerbstätige aus allen EU-Staaten, besonders aus den neuen Mitgliedstaaten in Ost- und Mitteleuropa in arbeits-, sozialrechtlichen Fragen.

[hamburg.arbeitundleben.de/arbeitnehmerfreizuegigkeit](http://hamburg.arbeitundleben.de/arbeitnehmerfreizuegigkeit)

In Mainz ist der Europäische Verein für Wanderarbeiterfragen angesiedelt, eine Lobbyorganisation, die sich für die Rechte von Wanderarbeiter\*innen einsetzt und kostenlose Fortbildungsangebote, Sozialrechts- und Arbeitsrechtsberatungen anbietet. Der Verein ist eine Partnerorganisation im Rahmen des DGB-Projekts Faire Mobilität und kooperiert mit dessen Einzelgewerkschaften.

[emwu.org](http://emwu.org)

In Dresden befindet sich die Beratungsstelle für ausländische Beschäftigte in Sachsen, kurz BABS. Die Beratungsstelle unterstützt alle Beschäftigten und ihre Familienangehörigen aus EU-Mitgliedsländern, die in Sachsen bereits eine Tätigkeit ausüben oder es konkret planen. Es werden in Sachsen angestellte sowie nach Sachsen entsandte Arbeitnehmer\*innen in den Sprachen Deutsch, Tschechisch, Polnisch, Slowakisch, Ungarisch, Rumänisch und Englisch beraten.

[babs.sachsen.de](http://babs.sachsen.de)

BemA ist die Anlaufstelle für migrantische Arbeitskräfte in Sachsen-Anhalt. Es gibt eine landesweite Informations- und Beratungsstruktur zu arbeits- und sozialrechtlichen Fragen. Das Informations- und Bildungsangebot richtet sich präventiv, aufsuchend und begleitend an Beschäftigte mit Migrationshintergrund ebenso wie an Multiplikator\*innen, Berater\*innen und Unternehmen. Unterstützt wird BemA durch den Fachbeirat „Faire Beschäftigung für Migrantinnen und Migranten“, an dem Ministerien, Gewerkschaften und arbeitgebernahe Verbände beteiligt sind.

[bema.arbeitundleben.org](http://bema.arbeitundleben.org)

Zusammenstellung: *Petra Welzel*

[voriger Artikel](#)

[nächster Artikel](#)

[→ Listenansicht](#)

[→ E-Paper-Ansicht](#)